Ostschweizerisches Tagblatt
und
Rorschacher Tagblatt

(des Ostschweizerischen Wochenblattes 110. Jahrgang)

Abonnementspreise:
1 Monat . . . . . Fr. 2.50
3 Monate . . . . . Fr. 7.25
6 Monate . . . . . Fr. 14.50
12 Monate . . . . . Fr. 29.—
Bei der Post bestellt 50 Rp. mehr

Telephon: Textteil . . . Nr. 4 23 94
Inseratenteil . Nr. 4 23 93

Insertionspreise:
Die 8-gespaltene Millimeter-Zeile 11 Rp.
Reklame 35 Rp.

Erscheint an Werktagen

Postcheck Nr. IX 2070 St. Gallen

Inserat-Annahme: Kleine Inserate bis 07.30 Uhr morgens. Große Inserate am Vortage bis 15.00 Uhr

Rorschach, Donnerstag, den 10. November | Inseraten-Annahme und -Auskünfte durch die Expedition Signalstraße 7, Rorschach, Telephon 4 23 93 | Jahrgang 1955 — Nummer 263

Wohin mit den Jungen?

(spk.) Zu Beginn der dreißiger Jahre machte man sich in unserm Lande nicht unbeträchtliche Sorgen, weil die Geburtenziffern in einem anscheinend unaufhaltsamen Absinken begriffen waren. Die unheilvollen Folgen einer solchen Abwärtsbewegung auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Landesverteidigung wurden ziemlich schwarz geschildert, und nicht zu Unrecht begann man sich zu fragen, wie gewisse Berufszweige wohl in Zukunft das Nachwuchsproblem zu meistern vermöchten.

Entgegen jeder Erwartung sanken jedoch die Geburtenziffern nicht ständig weiter ab. Im Gegenteil, im Augenblick, da man es am allerwenigsten hätte erwarten dürfen, nämlich in den ersten Kriegsjahren, setzte der Umschwung ein. Eine kräftige Steigerung der Geburtenziffern, die, zumindest in der Tendenz, mit kleinen Schwankungen angehalten hat.

Jährlich 20 000 Mehrgeburten

In den letzten fünfzehn Jahren wurden in der Schweiz gegen 20 000 Kinder jährlich mehr geboren als in den dreißiger Jahren. Die Folgen zeigten sich schon in kurzer Zeit. In zahllosen Gemeinden unseres Landes erwiesen sich die vorhandenen Schulhäuser als zu klein. Der früher beobachtete Lehrerüberschuß schlug in sein Gegenteil um. Es fehlte an Krankenbetten und Pflegepersonal. Kinder sind auch große Verbraucher, und ein Teil der günstigen Konjunktur der Konsumgüterindustrie ist auf diesen Mehrbedarf zurückzuführen.

Inzwischen beginnen aber die ersten dieser geburtenstarken Jahrgänge ihre Kinderschuhe auszutreten. Sie stehen an der Schwelle des Berufslebens. Welche Probleme stellen sich uns damit?

Das Problem der Eingliederung in die Wirtschaft

Die Berufsberatungskreise und die Wirtschaft stehen heute vor dem Problem der Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben. Ein auffallendes Merkmal ist dabei, daß die Zunahme der Zahl der Berufsanwärter sehr plötzlich und sprunghaft in Erscheinung tritt. Nur Hand in Hand ist dieses Problem zu lösen.

Bis anhin verließen jährlich rund 60 000 Jugendliche die Schule. Im Jahre 1956 wird die Zahl auf 67 700 ansteigen. In fünf Jahren wird man mit nahezu 84 000 rechnen müssen. Damit ist der vorläufige Höhepunkt erreicht und die leicht sinkende Tendenz der letzten Jahre wird sich wieder bemerkbar machen, so daß man mit einem ungefähren jährlichen Durchschnitt von 77 000 Schulentlassenen rechnen können wird. Immerhin zeigt dies, daß man innerhalb einer kurzen Zeitspanne mit einer Steigerung von gegen 42 Prozent rechnen muß. Für die Wirtschaft bedeutet dies, daß im nächsten Jahre rund 2300 neue Lehrstellen für Lehrlinge und rund 1000 Lehrstellen für Mädchen geschaffen werden müssen. Bis 1961 wird der Mehrbedarf an Lehrstellen auf das Dreifache dieser Zahlen steigen.

Das Problem ist lösbar

An der kürzlich abgehaltenen st. gallischen Berufsberaterkonferenz in Rheineck, die sich speziell dem Problem der Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben widmete, wurde darauf hingewiesen, daß das gestellte Problem gesamtschweizerisch gesehen wohl sehr eindrucksvoll sei, daß es jedoch im kantonalen Rahmen den Eindruck der Gefährlichkeit verliere. So hat man z. B. für den stark industrialisierten Kanton St. Gallen festgestellt, daß wenn nur jeder 17. Betrieb sich zur Anstellung eines weitern Lehrlings oder einer Lehrtochter entschließen würde, der Zuwachs bereits absorbiert sei.

In Tat und Wahrheit sind vermehrte Berufsanwärter für viele Berufszweige nicht nur kein Problem, sondern sie sind auf größern Zuwachs angewiesen. Viele Berufe sind heute eigentliche Mangelberufe geworden. Im Lebensmittelgewerbe, vor allem in Bäckereien und Konditoreien, im Gastgewerbe (Köche und Köchinnen, Servierpersonal) herrscht heute schon ein empfindlicher Nachwuchsmangel. Bei den Mädchen sind es neben Haus- und Landwirtschaft und den Pflegeberufen vor allem gewisse frauengewerbliche Berufe (Schneiderin, Corsettnäherin, Pelznäherin, Knabenschneiderin, Kleinstückmacherin etc.), die heute schon ein Mehrfaches an Arbeitskräften aufnehmen könnten. Nicht vergessen darf man auch, daß heute infolge der guten Konjunktur in vielen Berufszweigen in bezug auf den Nachwuchs anormale Verhältnisse herrschen. Es bestehen keine Auswahlmöglichkeiten mehr, und dieser Mangel wirkt sich nicht immer günstig auf die qualitative Entwicklung aus, da ein gewisser Ansporn fehlt. Nur nebenbei erwähnt sei ferner, daß sogar die öffentliche Verwaltung heute schon unter Nachwuchsmangel zu leiden hat. Die große Anziehungskraft von Vater Staat als Arbeitgeber ist etwas verblaßt.

Sieht das Problem zahlenmäßig und theoretisch durchaus lösbar aus, so darf man sich doch nicht verhehlen, daß sich die praktische Durchführung nicht immer ganz einfach gestalten wird. Der Schweizerische Verband für Berufsberatung hat deshalb kürzlich ein Aktionsprogramm aufgestellt, um die Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge möglichst reibungslos vollziehen zu können und dabei die verschiedenen Programmpunkte in „vordringliche" und „so bald als mögliche" eingeteilt. Vor allem denkt man an eine Zusammenarbeit aller Instanzen (Lehrlingsämter, Berufsberater, Wirtschaftsverbände, Parlamentarier), ferner an die Erteilung von Ausnahme-Bewilligungen für die Haltung einer höhern Lehrlingszahl in begründeten Fällen, Förderung der Meisterprüfungen etc. Besonderes Augenmerk soll auch dem Ausbau der Berufsberatung, besonders in Gebirgsgegenden und der Westschweiz, geschenkt werden.

Genfer Konferenz

Man ist weiter auseinander denn je

kl. Genf, 9. November.

Die Genfer Außenministerkonferenz ist um 16 Uhr in einer ungewöhnlich unsicheren Atmosphäre zusammengetreten. Die gestrige Rede des sowjetrussischen Außenministers überschattete alle Gespräche und veranlaßte die drei westlichen Außenminister heute früh, zu einer Privatkonferenz zusammenzukommen, wo sie ihre Haltung für den Nachmittag besprachen. Offensichtlich erwartet man im westlichen Lager eine neue Initiative des sowjetischen Außenministers. **Eine Einigung in der deutschen Frage, die den Hauptgegenstand der Konferenz bildet, ist auf Grund der gestrigen Vorschläge Molotows ausgeschlossen,** und ein Einlenken des russischen Chefdelegierten scheint in der heutigen Konferenzlage unmöglich. Von Seiten der Westmächte liegen ebensowenig Anzeichen für eine positive Wendung vor, daß nur wenig Hoffnung besteht, daß die Außenminister ihre Tagesordnung erschöpfend behandeln werden.

Staatssekretär Dulles hat in einer langen Rede sein Bedauern über den „Bruch des Genfer Geistes" ausgedrückt und in scharfen Worten dargelegt, in welchen Punkten die gestrige Rede Molotows von den Weisungen der vier Regierungschefs abweicht. Dulles stellte in Frage, daß eine Fortsetzung der Deutschlanddebatte in der gegenwärtigen Situation opportun sei. Doch scheint er das Gespräch mit seinem russischen Kollegen fortsetzen zu wollen. Die Rede MacMillans wich von derjenigen Dulles' nur in wenigen Punkten ab. Auch er unterstrich die große Enttäuschung, welche die gestrige Rede Molotows in Deutschland und in der Welt ausgelöst hat.

Bedrückte Stimmung in Genf

Nach der Ablehnung des Vorschlages der Westmächte zur Lösung der deutschen Frage durch Molotow droht die Genfer Konferenz aufzufliegen. Die festgefahrene Situation lastet denn auch entsprechend auf den Gesichtern der Exponenten der Westmächte.

Am Mittwoch fand in der Villa Montfleury eine Aussprache zwischen den Außenministern der Westmächte und dem deutschen Außenminister von Brentano statt, um die gegenwärtige für Deutschland wenig verheißungsvolle Situation zu besprechen. Unser Bild zeigt v. l. n. r. von Brentano (Deutschland), Pinay (Frankreich), Dulles (USA) und MacMillan (Großbritannien) nach dem gemeinsamen Gespräch.

Eidgenossenschaft

Bundesrat genehmigt AHV-Revision

(spk.) In seiner Sitzung vom Dienstag genehmigte der Bundesrat Botschaft und Entwurf zu einer neuen Revision des AHV-Gesetzes. Danach werden die Einkommensgrenzen für den Bezug der Uebergangsrenten fallen gelassen, womit alle vor dem 1. Juli 1883 geborenen Personen nun in den Genuß der Uebergangsrenten kommen sollen. Ferner soll die Bestimmung betreffend die Rentenkürzung fallen gelassen werden, die bisher dann vorgenommen werden mußte, wenn die Renten mit dem Jahreseinkommen zusammen gewisse Mindestansätze überstiegen. Die Revision kommt auch den vor dem 1. Dezember 1948 verwitweten Frauen und verwaisten Kindern zugute. Sie soll rückwirkend auf den 1. Januar 1956, wenn die Referendumsfrist abgelaufen sein wird, in Kraft treten.

Teilrevision der Angestelltenordnung des Bundes

(spk.) In seiner Dienstagsitzung genehmigte der Bundesrat eine Teilrevision der Verordnung über das Dienstverhältnis der Angestellten der allgemeinen Bundesverwaltung (Angestelltenordnung). Die wichtigste Aenderung betrifft Artikel 42 der bisherigen Ordnung und enthält eine Verbesserung der Anfangsgehälter für Gehilfinnen von mindestens 4750 Fr. auf mindestens 5000 Fr. pro Jahr. Diese Gehaltsklasse wird neu als sog. Unterklasse aufgeführt. Im weiteren wird Artikel 44 dahin geändert, daß nun auch die nichtständigen Angestellten einen formellen Anspruch auf die ordentlichen Gehalterhöhungen haben, während diese Erhöhung bisher nur auf Gesuch, aber ebenfalls regelmäßig, gewährt wurde. In Art. 47 wird der bestehende Text dahin präzisiert, daß Heiratszulagen nur für die erste Verehelichung gewährt werden, nicht also z. B. an Angestellte, die als Verwitwete oder Geschiedene in den Bundesdienst eintreten und sich nachher wieder verheiraten. Einige weitere Abänderungen ergeben sich aus diesen Revisionen und sind nur formeller oder redaktioneller Natur.

Der Bundesratsbeschluß über diese Teilrevision tritt am 1. Januar 1956 in Kraft.

Zur Demonstration des uniformierten PTT-Personals in Zürich

(spk.) Das Eidg. Post- und Eisenbahndepartement nimmt zur Demonstration, die letzten Sonntag vom uniformierten PTT-Personal in Zürich zur Geltendmachung von Besoldungsforderungen veranstaltet wurde, wie folgt Stellung:

„Das Begehren um Erhöhung der Anfangsbesoldungen ist in der Sommersession der eidgenössischen Räte vom Vertreter des Bundesrates zur Prüfung entgegengenommen und auch in Besprechungen des Eidg. Finanz- und Zolldepartements mit den Personalorganisationen über die Regelung des Teuerungsausgleichs für 1956 behandelt worden. Bei dieser Gelegenheit haben die Vertreter des Föderativverbandes anläßlich einer Besprechung der Verwaltung Vorschläge für eine Neuordnung der Anfangsbesoldungen in Aussicht gestellt.

Das in der PTT-Union organisierte, uniformierte Personal hat, wie jeder andere Berufsverband, jederzeit Gelegenheit, seine Begehren bei der zuständigen Behörde anzubringen. Da die Verwaltung die Prüfung der in Aussicht gestellten Vorschläge bereits zugesagt hat, ist nicht ersichtlich, warum das uniformierte PTT-Personal seine Forderung auf der Straße geltend machen will. Demonstrationen sind nicht geeignet, den weitern Gang der Verhandlungen zu erleichtern."

Neuestes

Vor Beginn der Mittwochsitzung der Genfer Konferenz berieten sich die westlichen Außenminister über die Antwort, welche man Molotows neuestem und schärfstem Nein gegen freie gesamtdeutsche Wahlen zu geben habe. Dieses Treffen dauerte zwei Stunden, und an ihm nahm auch der westdeutsche Außenminister von Brentano teil. Dieser bestätigte, daß nach Bonner Auffassung keine Lösung der Wiedervereinigung akzeptiert werden könnte, welche nicht die Durchführung freier Wahlen auch in der Ostzone brächte.

Am nächsten Sonntag wird Außenminister Pinay Bundeskanzler Adenauer aufsuchen. An diesem neuerlichen Treffen Pinay-Adenauer soll in Gegenwart von Brentano in erster Linie die Entwicklung der Deutschlandfrage an der Genfer Konferenz besprochen werden. Man wird aber auch die neue Lage an der Saar behandeln. — Gegen den in Saarbrücken an den Tag gelegten Säuberungseifer gegenüber statutfreundlichen Saarländern und Franzosen hat mittlerweile die französische außenpolitische Kommission Protest eingelegt.

In Paris hat der Rat der Republik, der Nachfolger des Senates, den Wahl-Fahrplan durchkreuzt. Er stimmte wohl der sofortigen Abhaltung der Neuwahlen zu, verlangte jedoch die Umschaltung auf das Majorzsystem. Damit wird eine Debatte dieses Gegenvorschlages durch die Nationalversammlung notwendig, ein Hin und Her, das sich allenfalls leicht wiederholen kann. Dies bedeutet, daß Mendès-France Zeit für vermehrte Propaganda gewinnt und obendrein erst noch zu einem günstigeren Wahlmodus kommen kann.

In den Vereinigten Staten gibt es im Lager Eisenhowers lange Gesichter. Die an zahlreichen Orten abgehaltenen Lokalwahlen zeitigten ein Aufholen der Demokraten. Dies ist ein schlechtes Omen für den Wahlkampf vom nächsten Jahr, welchen die Republikaner wohl ohne Eisenhower zu bestehen haben werden.

Sultan Ben Youssef konnte am Mittwoch auch die Huldigung El Fassis entgegennehmen. Damit hat der Führer der den Franzosen feindseligsten Gruppe der marokkanischen Nationalisten sich der Verständigungspolitik des Sultans angeschlossen. Es Fassi hatte bis jetzt seinen Sitz in Kairo, der großen antifranzösischen Propagandazentrale.

Südafrika zieht sich von den gegenwärtigen Verhandlungen an der UNO zurück, weil der Politische Sonderausschuß beschlossen hat, die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union zu überprüfen, was die südafrikanische Delegation als einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Südafrikanischen Union betrachtet.

Schweizerischer Mieterverband

Zürich, 8. November. Der Schweiz. Mieterverband teilt mit: «Die Präsidentenkonferenz des Schweiz. Mieterverbandes hat unter dem Vorsitz des Zentralpräsidenten Dr. Edwin Brunner an ihrer heutigen Tagung in Zürich von der Vorlage des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Weiterführung der Preiskontrolle vom 1. November 1955 Kenntnis genommen, wonach die verfassungsrechtliche Grundlage über den Erlaß von Vorschriften über Miet- und Pachtzinse sowie zum Schutze der Mieter bis zum 31. Dezember 1960 verlängert werden soll.

Der Schweizerische Mieterverband begrüßt es, daß der Bundesrat den eidgenössischen Räten rechtzeitig eine Vorlage über diese Materie unterbreitet. Es ist indessen bedauerlich, daß bei dieser Gelegenheit der Bundesrat in seine Vorlage nicht Bestimmungen im Sinne des Volksbegehrens zum Schutze der Mieter und Konsumenten aufgenommen hat, welches am 13. März 1955 vom Volk mehrheitlich angenommen worden ist.

Der Schweizerische Mieterverband behält sich ausdrücklich vor, zur gegebenen Zeit Vorschläge für die Ausführungsbestimmungen des Verfassungszusatzes zu unterbreiten, um eine für den Mieter wirkungsvolle Mietzinskontrolle, namentlich die Untersagung genereller Mietzinserhöhungen, und einen ausreichenden Kündigungsschutz zu gewährleisten.»

Auszeichnung eines Schweizers

Bulle, 9. Nov. Dr. Jean Dubas, von Bulle, Chefarzt am Spital Riaz (Greyerz), ist zum Mitglied des Internationalen Chirurgie-Kollegiums in Chicago und der Internationalen Gesellschaft für Chirurgie in Brüssel ernannt worden.

Vor dem zweiten Wahlgang in Baselland

(-s.) Am nächsten Sonntag wird im Kanton Baselland der zweite Wahlgang um das einzige Ständeratsmandat stattfinden, nachdem das erste Mal keiner der vier Kandidaten das absolute Mehr erreichte. Bis heute steht fest, daß nur noch zwei Bewerber in das Rennen steigen, und zwar der Freisinnige W. Zimmer, Birsfelden, und der Sozialist E. Müller, Gelterkinden. Beides sind selbständige Architekten. Der Ausgang der Wahl ist vollständig offen und läßt kaum eine Prognose zu. Hinter dem Freisinnigen stehen die Katholische Volkspartei, die Christlich-soziale Vereinigung und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Der Sozialist wird von den Kommunisten, der „Aktion Kanton Basel" und der „Freien Politischen Vereinigung" offiziell unterstützt. Die Demokraten, deren Kandidat im ersten Wahlgang am zweitwenigsten Stimmen erhielt, haben beschlossen, keinen der beiden verbleibenden Anwärter zu empfehlen. Man darf wohl sagen, daß das Resultat sehr spitz sein wird, immerhin sollte es doch möglich sein, dem bürgerlichen Kandidaten zum Sieg zu verhelfen, unter der Voraussetzung, daß die landesübliche Stimmfaulheit überwunden wird.

Rekord im Rheinhafenverkehr Basel

Basel, 9. Nov. Im basellandschaftlichen Rheinhafen Au bei Birsfelden ist mit der Ladung des Kahnschiffes „Coulou" der Rheinschiffahrtsgesellschaft Lloyd AG. die millionste Gütertonne umgeschlagen worden. Es ist das erste Mal seit Bestehen der Rheinhafenanlagen im Kanton Baselland, daß in einem Jahr ein Güterumschlag von über einer Million Tonnen zu verzeichnen ist.

Warum das Referendum gegen den Emser Beschluß?

(Hg.) Sinn und Zweck der gegen den Emser Beschluß eingeleiteten Referendums-Bewegung bestehen darin, eine bessere Lösung innert einer kürzeren Frist zu erzielen. Gegenüber der Vorlage, wie sie in der Herbstsession unter größter Zeitnot von der Bundesversammlung verabschiedet worden ist, hat sich allenthalben, nicht zuletzt im Parlament selbst, ein starkes Mißtrauen und Unbehagen geltend gemacht. Das Parlament war mangels genügender Sachkenntnis und wegen der außerordentlichen Komplexität der Materie jedoch nicht in der Lage, die vom Bundesrat unterbreiteten Anträge grundlegend umzugestalten und die Konzeption in bezug auf die Weiterbehandlung des Emser Unternehmens zu ändern. Es mußte sich mit kleineren Aenderungen an der Vorlage begnügen, die allerdings nur allzu deutlich das bestehende Malaise gegenüber dem als äußerst unangenehm empfundenen Beschluß auf Weiterführung der Bundeshilfe an die Holzverzuckerungs-AG zum Ausdruck brachten.

Die Träger des Referendums sind der Auffassung, daß der von der Bundesversammlung verabschiedete, für die Oeffentlichkeit sehr kostspielige Bundesbeschluß nicht geeignet ist, jene Reformen herbeizuführen, die für die Gesundung und Selbständigmachung der Holzverzuckerungs-AG innert nützlicher Frist notwendig sind. Die fünfjährige Uebergangsperiode mit einem weiteren Kostenaufwand von 28 Mill. Fr. ist zu lange, ganz abgesehen davon, daß sowohl vom Kanton Graubünden als auch vom Unternehmen selbst bereits verkündet worden ist, sie werde für die Umstellung zur Eigenwirtschaftlichkeit gemäß der von Ems vertretenen Konzeption nicht ausreichen, sondern es seien dazu zehn Jahre nötig. Es ist somit keine genügende Garantie geboten, daß nach Ablauf von fünf Jahren die öffentliche Hand völlig ausgeschaltet und die finanzielle Hilfe der Allgemeinheit gänzlich eingestellt werden kann. Subventionsordnungen dieser Art weichen nur einem ganz harten Druck, und dieser Druck soll nun mit der Ergreifung des Referendums ausgeübt werden.

Gegenüber allen anderslautenden Auslegungen legt das Referendumskomitee Wert darauf, zu betonen, daß ihm eine Stillegung des Unternehmens und damit eine Benachteiligung des Kantons Graubünden und der Arbeiterschaft fernliegt. Mit dem Referendum soll lediglich der Anstoß zu zweckmäßigeren und wirtschaftlich sauberen Lösungen des Emser Problems gegeben und ein Druck zur rascheren Beendigung des Subventionsregimes ausgeübt werden, das in seiner Art einmalig und durchaus nicht erhaltungswürdig ist.

Bündner Komitee für die Erhaltung der Emser Werke

Chur, 9. Nov. Auf Initiative der Sektion Graubünden des Automobilclubs der Schweiz fand in Chur eine Aussprache über das Referendum gegen den Bundesbeschluß betreffend Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft des Kantons Graubünden durch Gewährung einer Hilfe an die Holzverzuckerungs AG. in Domat-Ems statt, an der Vertreter der politischen Parteien, der verschiedenen wirtschaftlichen Organisationen, der Autoverbände und der gewerkschaftlichen Organisationen teilnahmen. Die Versammlung beschloß die Schaffung eines elfköpfigen Komitees für die Erhaltung der Emser Werke und erließ einen Aufruf, in welchem die Stimmbürger aufgefordert werden, das Referendum nicht zu unterschreiben und, falls dieses zustande kommen sollte, für den Bundesbeschluß einzutreten.

Aus der bundesrätlichen Botschaft über Mieterschutz und Preiskontrolle

In der Botschaft zu dieser Vorlage weist der Bundesrat einleitend darauf hin, daß die geltenden Preiskontrollbestimmungen auf Ende 1956 befristet sind, daß aber seit der Verwerfung der sozialistischen Preiskontrollinitiative und des Gegenvorschlages in verschiedenen parlamentarischen Vorstößen die Auffassung zum Ausdruck gebracht worden ist, daß zu jenem Zeitpunkt auf eine Möglichkeit der staatlichen Intervention in die Preisbildung noch nicht ganz verzichtet werden könne. Die allgemeine Wirtschaftslage sei denn auch gekennzeichnet durch preisauftreibende Tendenzen, wobei allerdings die Vergleiche der Botschaft mit dem Ausland selber zeigen, daß sich diese in Ländern mit wenig oder gar keiner staatlichen Preiskontrolle, wie die Schweiz, Westdeutschland und Belgien, sehr viel weniger auszuwirken vermögen als in andern mit starkem staatsinterventionismus oder gar eigentlicher Wirtschaftslenkung nach sozialistischen Rezepten.

Trotz dieser Vergleiche, die eigentlich eine ernste Warnung darstellen sollten, kommt die Botschaft zum Schluß, daß eine Weiterführung der Preiskontrolle unvermeidlich sei. Bis zum Ablauf des geltenden Rechts sei zwar der Nachholbedarf im Wohnungsbau voraussichtlich gedeckt, aber die neuen Wohnungen seien noch zu teuer. Zum Kündigungsschutz wird ausgeführt, daß die meisten Kantone auf ihn bereits ganz oder teilweise verzichtet haben, weil sie dieses Mittels nicht mehr bedürfen. Die Pachtzinskontrolle könne vielleicht später im Bundesgesetz über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes dauernd verankert werden, doch sei dies bis Ende 1956 noch nicht möglich. Die Kontrolle der staatlich geschützten Warenpreise wird als unbestritten bezeichnet; die sofortige Aufhebung der Preisausgleichskasse Milch sei nicht möglich, da dies eine zu starke Verteuerung der Milch zur Folge hätte, und die Preisausgleichskasse Eier funktioniere zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Auch die Kontrolle über andere lebenswichtige Waren könne, obwohl sie am meisten umstritten sei, noch nicht aufgehoben werden.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß der Zeitpunkt für einen vollständigen Verzicht auf preiskontrollrechtliche Maßnahmen, insbesondere die Mietpreiskontrolle, noch nicht gekommen sei. Der Bundesrat halte deshalb dafür, daß wenigstens rechtzeitig die verfassungsmäßige Grundlage für ihre Weiterführung geschaffen werde durch die Verlängerung des betreffenden Verfassungszusatzes. Die Auseinandersetzungen über das Ausmaß und den materiellen Ausbau der Preiskontrolle nach 1956 sollen dagegen auf die Beratung des Ausführungsbeschlusses verschoben werden, die nach der Verfassungsvorlage folgen soll.

31 Millionen für PTT-Bauten

Bern, 7. Nov. Wie in früheren Jahren veröffentlicht der Bundesrat wiederum eine Sammelbotschaft über die Bewilligung von Objektkrediten für die Erstellung von PTT-Betriebsgebäuden. In der diesjährigen Sammelbotschaft werden ein Gesamtkredit von 30 863 000 Franken und ein Zusatzkredit von 405 000 Franken beantragt.

Es handelt sich um die Erstellung folgender PTT-Gebäude: 1. Telephongebäude Basel St. Jakob, 860 000 Fr.; 2. Postbetriebsgebäude Bern-Viktoriaplatz, 2 430 000 Fr.; 3. Postgarage Genf-Montbrillant, 1 260 000 Franken; 4. PTT-Betriebsgebäude Goßau, 738 000 Fr.; 5. Lausanne-Sebeillon, PTT-Magazin-, Werkstätte- und Garagegebäude, 5 950 000 Fr.; 6. Post-Betriebsgebäude Lugano-Bahnhof 4 415 000 Fr.; 7. PTT-Garage- und Magazingebäude Lugano-Viganello, 2 500 000 Fr.; 8. PTT-Betriebsgebäude Säntis 590 000 Fr.; 9. Schaffhausen, Erweiterungsbau zum PTT-Betriebsgebäude, 1,67 Mill. Fr.

Der Chef des Post- und Eisenbahndepartements, Bundesrat Lepori, veranstaltete eine Presseorientierung über diese Bauvorhaben der PTT, an der außer ihm noch PTT-Generalsekretär Dr. A. von Salis, der Chef des Automobildienstes, Hs. Burkhardt, und G. Wärth vom Hochbaudienst sprachen. Es wurde darauf hingewiesen, daß seit 1930 z. B. die Briefpostsendungen um 72 Prozent zugenommen haben, die Zeitungen und Zeitschriften um 76 Prozent, die Pakete um 78 Prozent, der Postcheckumsatz gar um 399 Prozent, die Zahl aller Reisenden um 374 Prozent. Diese immer noch andauernde Verkehrszunahme verlangt von der PTT-Verwaltung in personeller, technischer und baulicher Hinsicht große Anstrengungen. Die baulichen Anlagen der PTT konnten nicht im Schritt mit der Verkehrszunahme und den gestiegenen betrieblichen Anforderungen erweitert und erneuert werden. Besonders bei der Post haben sich die Verhältnisse im Laufe der Jahre vielerorts so verschärft, daß eine Reihe größerer Postbetriebsbauten erstellt werden muß. In den 3291 Motorfahrzeugen der PTT ist ein Kapital von 85,3 Mill. Franken investiert, so daß sich die Erstellung der nötigen Garagen für Pflege und Unterbringung aufdrängt.

Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Direktor Dr. O. Zipfel, dem die Botschaft jeweilen zur Stellungnahme vorgelegt wird, anerkannte die Unterstützung seiner Bemühungen um die Beeinflussung der Baukonjunktur durch die zurückhaltende Bauvergebungspolitik der PTT in den vergangenen Jahren. Er anerkannte die Notwendigkeit der Ausführung gewisser Neubauten und erhob gegen die Ausführung des in der Botschaft enthaltenen Bauprogramms keine Einwendungen.

Die PTT-Botschaft wird voraussichtlich in der März-Session der Bundesversammlung behandelt werden können.

Auflösung der Motorradfahrer-Bataillone?

(r.) In seiner Botschaft vom 18. Oktober beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten die Aufstellung von zwei Panzer-Abteilungen mit dem mittelschweren Panzer «Centurion» und gleichzeitig die Auflösung der drei den Leichten Brigaden zugeteilten Motorradfahrer-Bataillone. Wegen der noch einige Jahre andauernden Bestandeskrise unserer Armee ist es leider notwendig, bei der Aufstellung neuer Formationen vorhandene Truppenkörper aufzulösen. Während der Bundesrat noch 1954 bei der Aufstellung der Leichten Panzerabteilungen AMX auf die Auflösung bestehender Formationen verzichtet hat und die benötigten Mannschaften auf Grund freiwilliger Meldung aus der ganzen Armee ausgezogen wurden, ist es zu begrüßen, daß sich der Bundesrat heute zur Auflösung bestehender Truppen entschließen kann. Erstaunlich ist es aber, daß seine Wahl auf drei vollmotorisierte Kampfbataillone der Leichten Truppen gefallen ist und nicht auf andere Formationen, deren militärischer Wert umstritten ist und in keinem vernünftigen Verhältnis zu ihren Kosten steht.

Die Motorradfahrerbataillone sind erst 1949 mit der Neuorganisation der Leichten Truppen aus Motorradfahrerkompagnien gebildet worden, die bis dahin einzeln gewissen Divisionen und Brigaden zugeteilt waren. Seit der Truppenordnung 1951 gliedern sich die drei Bataillone in je drei Kampfkompagnien auf Motorrädern, eine Minenwerferkompagnie mit 8,1 cm Mw und eine Stabskompagnie mit zwei Grenadierzügen. Sie weisen somit die gleiche Beschaffung und Feuerkraft auf wie die 9 Radfahrer- und die 7 Motordragonerbataillone und sind wie diese vor allem für Aufgaben bestimmt, bei denen es auf die Raschheit des Einsatzes ankommt. Ihre hohe Beweglichkeit macht sie zur gegebenen Eingreifreserve der oberen Führung, die sie dort einsetzt, wo unverzüglich gehandelt werden muß. Die Motorradfahrer können in der Regel höhere Geschwindigkeiten erreichen als Motordragoner und können Wege und Pisten befahren, wo jene nicht mehr durchkommen. Nachteilig ist dagegen ihr großer Motorenlärm, der ihr Herankommen schon auf große Entfernung verrät.

Unsere Armee verfügt insgesamt nur über zehn vollständig motorisierte Kampfbataillone. Es ist befremdlich, daß der Bundesrat mit dem Antrag, die drei Motorradfahrer-Bataillone aufzuheben, die Anzahl der vollmotorisierten Kampfbataillone auf die 7 Motordragonerbataillone beschränken will. Ebenso unverständlich ist die damit bewirkte Schwächung der Leichten Brigaden, die in Zukunft nur noch über 5 Kampfbataillone (3 Radfahrer- und 2 Motordragonerbataillone) verfügen würden, wenn die eidgenössischen Räte dem Antrag des Bundesrates folgen und nicht eine zeitgemäßere Lösung zur Deckung des Mannschaftsbedarfes der neuen Panzerabteilungen finden.

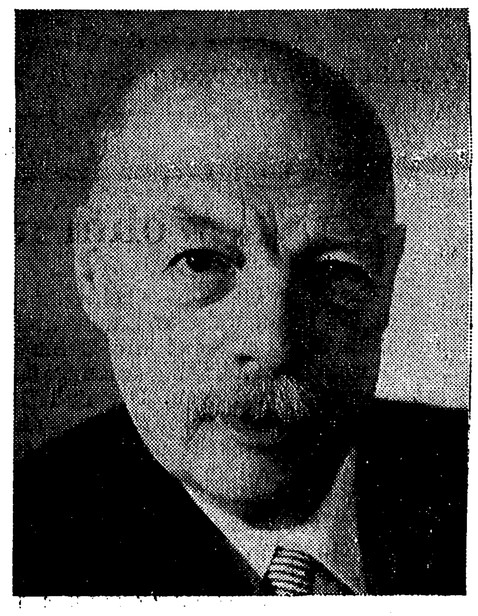
Totentafel

Alt Staatsrat Alexandre Moriaud †

In Genf ist im Alter von 84 Jahren der Jurist und frühere Staatsrat Alexandre Moriaud gestorben. Während der Verstorbene in seiner ursprünglichen Tätigkeit als Advokat wiederholt für internationale Aufgaben herangezogen worden war, spielte er eine wachsende Rolle in der Politik seiner Genfer Heimat, wo er seit 1916 mit Unterbrechungen dem Großen Rat angehörte und zeitweise auch als Vertreter des Kantons in den Ständerat entsandt wurde. Im Jahre 1924 trat Moriaud in den Genfer Staatsrat ein, den er wiederholt präsidierte. Das Jahr 1931 brachte mit der bekannten Affäre der Banque de Genève ein jähes Ende seiner politischen Laufbahn und seiner öffentlichen Tätigkeit überhaupt.

Am Grabe von Dr. Arthur Frey

In der Frühe des 7. November 1955 starb nach langer, schwerer Zeit einer schleichenden Erkrankung Dr. Arthur Frey, der Leiter des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes. Geboren am 19. August 1897 in Winterberg, Kt. Zürich, besuchte er die Schulen in Töß-Winterthur und hat von da aus in Zürich Nationalökonomie und Jurisprudenz studiert. Die für seinen politischen Weg entscheidenden Anregungen empfing er von Professor Fritz Fleiner. Seine Dissertation behandelte eines von den Problemen der schweizerischen Wirtschaft in der Zeit des Ersten Weltkrieges. Nachdem er während mehrerer Jahre das in Weinfelden erscheinende „Thurgauer Tagblatt" redigiert hatte, führte ihn seine wachsende Einsicht in die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Politik und Glaube, Staat und Kirche, dazu, sich zuerst als Mitarbeiter, dann als verantwortlicher Herausgeber 1931 in die Arbeit des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes zu stellen. Er übersiedelte nach Zürich und es folgten 25 Jahre reicher und vielbewegter Tätigkeit im Rahmen dieses Organs, aber auch im Protestantischen Volksbund, als Ratgeber



und bald als Präsident des Verwaltungsrates des Evangelischen Verlags Zollikon, als Mitglied der Kirchenpflege der Gemeinde Zollikon, seit 1947 als Vertreter der Demokratischen Partei im Zürcherischen Kantonsrat, aber auch als Verfasser mehrerer Schriften zum deutschen Kirchenkampf und später besonders zur konfessionellen Frage in der Schweiz. Fügen wir hinzu, daß er auch als tüchtiger Bergsteiger und in jüngeren Jahren als Schwinger seinen Mann zu stellen wußte.

Der E. P. D. hat unter seiner energischen und geschickten Leitung nicht nur in Erfüllung seiner nächsten Aufgabe als zuverlässige Nachrichtenvermittlung, sondern vor allem auch durch seine klaren und unverzagten Stellungnahmen zu den Ereignissen des kirchlichen und kirchenpolitischen Lebens in der Nähe und in der Ferne einen bei Organen dieser Art sonst nicht gewohnten Charakter bekommen, in welchem er weit über die schweizerischen Grenzen hinaus gern oder ungern beachtet worden ist. Wenn in der Zeit des drohenden Nationalsozialismus, während des Zweiten Weltkrieges und in den Wirren der Nachkriegsjahre Arthur Frey das Wort ergriff, dann war immer eine im internationalen wie im schweizerischen, im ökumenischen wie im reformierten Sinn wohlüberlegte, aber auch unmißverständlich deutliche Aeußerung eines leidenschaftlich freien Christen zu erwarten.

Der Protestantische Volksbund hatte in dem der Reformation Zwinglis und Calvins in wohlerworbener und zugleich seinem eigensten Wesen entsprechender Ueberzeugung zugetanen Mann einen seiner sichersten Helfer: bis in seine Krankheitsjahre hinein immer wieder bereit, sein kräftiges Wort für die protestantische Sache in die Waagschale zu werfen.

Der Evangelische Verlag Zollikon ist in der Gestalt, in der er heute eine der angesehensten Unternehmungen dieser Art sein dürfte, wesentlich sein Werk. Er hat es mit einem erstaunlichen Verständnis für die Notwendigkeit theologischer Arbeit unter schwierigsten äußeren Umständen mit Einsatz seiner ganzen Person in Angriff genommen, in Form und auf die Höhe gebracht.

Als Politiker ein gewissermaßen natürlich gewachsener Demokrat, dem — immer von der „Gemeinde" her denkend — nicht nur das „für das Volk", sondern auch das „durch das Volk" eine Selbstverständlichkeit war, sah er seine besondere Aufgabe darin — kein Vermittler aber ein Mittler —, im staatlichen Raum für die Kirche, nicht minder bestimmt aber auch unter den Theologen und Kirchenleuten für die Anliegen und das Recht des zürcherischen und des schweizerischen Staates einzutreten.

Wer ihn als Mensch gekannt hat, wer einer seiner Freunde gewesen ist, dem ist er unvergeßlich wegen der Selbständigkeit seines Urteils und seiner Entscheidungen, die er niemandem gegenüber preisgegeben hat, und zugleich wegen der Beständigkeit der Treue, die er denen, denen er vertraute, in guten und bösen Tagen, durch alle übereinstimmenden und widersprechenden Meinungen hindurch zugewendet hat. Daß er im Grunde weichen, kindlichen Gemütes war, konnte wohl vielen entgehen, denen er in der Hauptsache den Eindruck eines unermüdlichen Initianten und Kämpfers gemacht haben mag. Und noch verborgener dürfte den meisten dies geblieben sein, wie tief Arthur Frey — auch im Streit mit sich selber, aber in einem hoffnungsreichen Streit — von und im evangelisch-reformierten Glauben, um dessen Bekenntnis ja auch sein äußeres Werk kreiste, innerlich gelebt hat. Er hat ihm die Freiheit gegeben, als alle ärztliche Kunst ihm nicht mehr helfen konnte, in getrostem Verzicht Feierabend zu machen: kein Heiliger, nur eben ein Christ, der seines Gottes und darum auch seines eigenen Weges gewiß sein durfte.

Karl Barth.

KBA 690